

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

12.3.1868 (No. 61)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. März.

N. 61.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großbezugslokal, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Amtlicher Theil.

Durch höchste Entschliessung Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 6. d. Mts. wird dem Generalmajor Karl Freiherrn von Laroche, Kommandeur der 1. Infanteriebrigade, das Kommandeurkreuz 1. Klasse mit Schwertern des Ordens vom Jähringer Löwen verliehen.

Durch allerhöchste Entschliessung vom 11. d. Mts. haben Seine königliche Hoheit der Großherzog allergnädigst geruht, dem Obersten vom Armeekorps Julius von Stöcklern das Kommandeurkreuz 2. Klasse mit Eichenlaub des Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Deutschland.

**Stuttgart, 9. März.** (Sch. M.) Der Prinz Napoleon wird zum Besuch am hiesigen Hof eintreffen. Der Tag der Ankunft kann aber so lange nicht bestimmt werden, als nicht festgesetzt ist, ob der Prinz über Wien oder von Berlin unmittelbar hieher kommt.

**München, 10. März.** Sicherem Vernehmen nach ist Baron v. Hörmann, bisheriger Regierungsdirektor in Würzburg, zum Minister des Innern ernannt worden. Derselbe wird als ein tüchtiger, energischer Geschäftsmann geschilbert.

**München, 10. März.** (Allg. Ztg.) Heute fand der erste Trauer-Gottesdienst für König Ludwig I. in der eben so schön als sinnig ausgeschmückten St. Bonifazius-Kirche statt. Alle Prinzen und Prinzessinnen des königl. Hauses, die fürstlichen Gäste und Abgesandten der auswärtigen Höfe, die Standesherren, Minister, Generale, Hof- und Staatsbeamten, Offizierskorps, die von auswärts hieher entsendeten Deputationen, die Gemeindefunktionäre u. s. w., nebst einer großen Zahl von Leidtragenden aus allen Ständen wohnten demselben bei. Stiftspräsident Dr. v. Döllinger hielt die Trauerrede, welche wohl im Druck erscheinen wird. Morgen bei gleichem Anlaß wird Abt Dr. v. Haneberg sprechen. Die große Hofkapelle, an welcher außer den königlichen Prinzen die sämtlichen fürstlichen Gäste, Abgesandten und Deputationen Theil nehmen, findet heute statt. Selbst aus kleineren Städten und Märkten, zum Theil aus weiter Entfernung, wie von Wittenberg in Unterfranken, dann von Berchtesgaden, sind Deputationen hieher gekommen. — Die Todtenfeier der Künstler für König Ludwig ist auf übermorgen, Donnerstag, verschoben.

**Darmstadt, 10. März.** Die Zweite Kammer genehmigte heute den mit Preußen abgeschlossenen Telegraphenvertrag; ebenso den Zusatzvertrag zu dem ebenfalls mit Preußen abgeschlossenen Postvertrag. Der Abg. Dumont interpellirte, weshalb die auf dem Verhandlungswege bereits eingeführten preussischen Militärgeetze noch nicht im Regierungsblatt veröffentlicht seien — worauf Legationsrath Reichardt erklärte, er vermöge hierüber keine bestimmte Antwort zu erteilen.

**Hannover, 9. März.** (Köln. Ztg.) Die Tumultuanten vom 18. Februar, dem Hochzeits-Freiertage, sind mit sechs bis acht Tagen Gefängniß davongekommen. — Die durch die Hildes-

heimer Landdrostei verhängte Suspendirung des Senators Wolf in Goslar ist auf Befehl des Oberpräsidenten Grafen Stolberg wieder aufgehoben. Der frühere erste Hof- und Schloßprediger, Oberkonsistorialrath und Generalsuperintendent Dr. Leopold, und der bisherige Oberschulinspektor Konsistorialrath Campana haben den erbetenen Abschied auf den 1. April erhalten. Die Steuerbeamten erhielten vor verammeltem Kolleg von dem Provinzialsteuerdirektor die willkommene Mittheilung, daß der Finanzminister ihre Gehalte wesentlich erhöht habe; zugleich sollen die Revisoren künftig den Titel „Sekretäre“ führen. Auch den Postbeamten ist abermals eine Gehaltserhöhung zugesagt oder schon bewilligt, namentlich sollen die jüngeren rascher als bisher zu genügender Auskommen gelangen. Portofreiheit ist, wie für die Sammlungen und Sendungen zum Besten der Ostpreußen, jetzt auch für die zu Gunsten der Hünslinger Nothleidenden bewilligt. — Die hannoversche Bank will durch Ankauf von etwa einer Million Aktien ihr Betriebskapital, das schon immer als zu hoch geschätzt wurde, verringern; daher das ungewöhnliche Steigen ihrer Aktien in den letzten Tagen.

**Berlin, 10. März.** (Nat.-Ztg.) Gestern fand, wie schon gemeldet, eine Sitzung des Bundesraths des Zollvereins statt. Das Präsidium wurde ermächtigt, den Zollvertrag mit Oesterreich, dessen Unterzeichnung bevorsteht, sofort an den I. und II. Ausschuß zur Berichterstattung abzugeben. Folgende Präsidialvorlagen wurden an die betreffenden Ausschüsse verwiesen: Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung von Tabak, Einleitung zu einem Handels- und Schiffsfahrtsvertrag mit dem Kirchenstaat, Ergänzung der Vereinbarung vom 4. April 1853 über die den Erbauern von Seeschiffen zu gewährenden Zollbegünstigungen; desgleichen Anträge von Hessen, den Verschluß der Eisenbahnwagen betreffend; von Baden, die Tarification von Tafelbouillon und Consommé, den Verkauf von Bijouteriewaaren durch Handelsreisende und die Vervollständigung der Gewerbestatistik betreffend. Folgende bei dem norddeutschen Bundesrath anhängige, der Kompetenz des Zollvereins anheimfallende Angelegenheiten wurden auf die betreffenden Ausschüsse übertragen: Einleitungen für den Zollanschluß von Westfalen und Lübeck; Antrag der Handelskammer zu Köln, betreffend die Zollfreiheit mit der Post eingehender Waarenmuster; Antrag von Sachsen auf Tarification von Thieröl; Petition aus Bernburg wegen veränderter Erhebung der Nibenzuckersteuer. — Denkschriften von dem bleibenden Ausschuß des Handelsrathes und von dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Königsberg kamen zur Vertheilung.

**Berlin, 10. März.** Bezüglich der beim Zollvereins-Bundesrath eingebrachten Tabaksvorlage will die „Weiser-Ztg.“ wissen, es werde dadurch eine Erhöhung der Steuer auf inländischen Tabak von 20 Sgr. auf 1 Thlr. 20 Sgr. und der Steuer auf ausländischen Tabak von 4 auf 6 Thlr., sowie auf Cigarren von 20 auf 24 Thlr. per Ztr. beantragt. Dem „Frk. Journ.“ schreibt man über denselben Gegenstand von hier vom 8. d. Mts.:

Aus guter Quelle kann mitgetheilt werden, daß die Erhöhung des Eingangszolls für Tabak von 4 Thlr. per Ztr. auf 6 Thlr. per Ztr., sowie die Einführung der Morgenssteuer im Inland von 6 Sgr. per 3 Quadratruthen (preuß.) beim Zoll-Bundesrath beantragt ist. Für eingehende Tabakfabrikate sind beantragt: 1) Für Rauchtabak: Rollen, abgerollte oder entrippte Blätter, Karotten oder Stengel zu

Schnupftabak 11 Thlr. per Ztr.; 2) für Schnupftabak 20 Thlr. per Ztr.; 3) für Cigarren 25 Thlr. per Ztr. Die Steuer von inländischem Tabak soll zum ersten Mal für den im Jahr 1869 gebauten Tabak erhoben werden. Eine Erlassung dieser Steuer soll eintreten bei Mißwachs und andern Unglücksfällen, wenn die Ernte ganz oder größtentheils verborben ist.

Wie bereits kurz erwähnt, veröffentlicht der „Staatsanz.“ heute das Gesetz vom 29. v. M. über die künftige Behandlung der auf mehreren neuerworbenen Landestheilen bestehenden Staatsschulden und die Ausgabe von Kassenanweisungen zum Betrag von 2,407,653 Thlr.; desgleichen ein Gesetz vom 27. Februar über die Beschränkung der Sporteln und Gebühren in den neuen Landestheilen; sowie das Gesetz vom 3. März 1868 über die Vertheilung der Geldmittel zur Abhilfe des in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen herrschenden Nothstandes. Wir erinnern daran, daß nach dem ersten Gesetz als Schulden der Gesamtmonarchie übernommen werden: von Hannover 41,160,504 Thaler, von Kurhessen 16,535,250 Thaler, von Nassau 20,516,921 Thlr., von Homburg 161,142 Thlr., von Schleswig-Holstein 391,657 Thlr., in Summa 78,765,475 Thlr. (Die Regelung der Frankfurter Schulden ist vorbehalten.) Für die einzelnen Titel dieser Schulden gelten von jetzt ab die preussischen Vorschriften über Anker- und Wiederinkurssetzung, Umschreibung, Aufgebot, Amortisation, Vernichtung und über Wegfall der Verzinsung. Die heftigsten Kassenanweisungen und die Noten der Wiesbadener Landesbank werden ab 1. Januar 1869 nur noch bei einzelnen Kassen zur Einlösung angenommen; an ihre Stelle treten 2,407,653 Thlr. neue preussische Kassenanweisungen in Abschnitten à 1 und 5 Thlr. Das letzt erwähnte Gesetz ermächtigt den Finanzminister, um Darlehen aus der Staatskasse zur Beschaffung von Saatfrüchten in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen gewähren zu können, verzinsliche Schatzanweisungen, längstens auf ein Jahr lautend, im Betrag von 3 Millionen Thalern auszugeben.

**Berlin, 10. März.** Mehrere Blätter reden noch fortwährend von einer politischen Mission des Prinzen Napoleon. Die Pariser „Epoque“ kommt neuerdings auf die schon früher verbreitete Behauptung zurück: der Prinz habe in Berlin den Auftrag, über die orientalische Frage und insbesondere über das Verhalten Rußlands zu dieser Frage zu unterhandeln. Wie uns dagegen nochmals mit größter Bestimmtheit versichert wird, sind hier mit dem hohen Gast keinerlei Art von politischen Verhandlungen im Gange. Damit erledigt sich auch das weitere Gerücht, derselbe suche für eine Kombination zu wirken, welche die Wiederherstellung Polens zum Zweck habe. Der Prinz Napoleon wahrte seinem hiesigen Vertheiler einen ganz vorwiegend privaten Charakter. Die meiste Zeit widmet derselbe dem Sehenswürdigkeiten unserer Hauptstadt. In den letzten Tagen besuchte er die Museen, das Zeughaus, die Artilleriewerkstatt, die königl. Bibliothek und die am Kupfergraben gelegene große Kaserne des Garde-Feldartillerie-Regiments. Alle diese Besuche finden ohne offizielles Gepränge statt.

Der Minister des Innern, Graf zu Euleburg, ist gestern Abend in Begleitung des Regierungsassessors v. Müller nach Königsberg abgereist. Dort wird derselbe mit den Vorständen der Provinzialbehörden und mit Delegirten des gerade verammelten Provinziallandtags über die weiteren Maßnah-

## Ralph, der Gatsverwalter.

(Fortsetzung aus Nr. 60.)

Während Ralph sprach, kam Dudley zu Pferde heran. „Jenny!“ rief dieser aus, als er sie erreicht hatte. „Du hier außen im Garten bei dieser Kälte? ... Bist Du von Sinnen? Um Gotteswillen komme in's Haus zurück!“ „Dudley Carlton“, sagte Jenny, ihrem Gatten voll in's Gesicht sehend, „ich will fort von hier, ich will nach Diney.“ „Mein liebes Kind, Du bist krank und außer Stande, dies auszuführen, es kostet Dir ja Mühe, Dich auf den Füßen zu halten; Ralph, hebe Sie Ihre Herrin zu mir auf's Pferd.“ Ralph hob Jenny auf seinen Armen empor und Dudley setzte sie vor sich auf's Pferd. „Aber Jenny, Du zitterst ja wie Espenlaub, Du wirst den Tod davon tragen.“ Sie sah ihn mit unsagbar traurigem, trostlosen Blicke in die Augen. „D! ... Dudley! ... Dudley! Als ich hieher kam, kam ich, um zu sterben! Ich wurde gewarnt, aber ich wollte nicht hören!“ Der Verwalter warf seinem Herrn einen bedeutungsvollen Blick zu. „Diese Arbeit wird heute Abend fertig sein“, sagte er, die Schaufel wieder aufnehmend, „und wenn Sie Lust haben, morgen nach Diney zu gehen, Madam, so kann es auf ganz leichte Art geschehen; wir werden die Röhren bis heute Abend gelagert und den Graben bis morgen wieder ausgefüllt haben.“ Dudley brachte seine Gattin in's Haus zurück, führte sie in den unteren Saal, rückte das Sopha an das Feuer, bedeckte sie mit einer warmen Decke und ließ sie alsdann allein. So blieb sie viele Stunden liegen, immer die Worte ausrufend: „Was soll ich thun, was soll ich beginnen?“ Sollte sie die Diener rufen, um sie vor Ralph dem Verwalter und seinem Mißgünstigen, ihrem grausamen Gatten, zu schützen? Sie würden ihr nicht glauben, eben so wenig wie sie Agnes Marlow ge-

glaubt hatte, oder gar ihre Anklage für die Folgen eines frankten Gehirns halten.

Jede Verbindung mit Diney war abgeschnitten, und der Graue Hof abschließend unzugänglich gemacht. Selbst der Arzt konnte heute seinen gewohnten Besuch nicht machen. Sie war gänzlich verlassen von allen Freunden, allein und hilflos. Sie wußte, daß sie seit Wochen ein langames Gift getrunken hatte, daß ihr Körper nur den rechten Moment abwartete, um ihr die letzte Dosis beizubringen. Wie, wenn das heute wäre? Sie würde sterben und begraben werden, ohne daß je im Leben Jemand die Wahrheit erführe, ohne daß je der Schatten eines Verdächtigen bei dem Arzte erweckt würde. Die Zeit schien heute mit rasender Schnelle zu verstreichen. Die Nacht brach an, mit ihr die Stunde, wo Alles im Hause zu Bette ging, und vor dieser Stunde fürchtete sie sich am meisten, denn dann war sie allein mit Dudley und dem Verwalter.

Die Uhr schlug halb 8. Es blieben noch 30 Minuten, während denen sie ein Mittel finden mußte, um zu entkommen. 30 Minuten! Sie zählte die Sekunden an den lauten Schlägen ihres Herzens. ... Der Zeiger stand auf halb, da erklang plötzlich die große Glocke, und voll Entsetzen sprang sie vom Sopha auf.

Was bedeutete dies? Sie eilte an eines der Fenster, öffnete den Laden und lehnte sich hinaus. Ein Heuschuppen stand in hellen Flammen und alle Arbeiter, Ralph an der Spitze, beeilten sich, das Feuer zu löschen und so die angrenzenden Scheuern zu retten. Ihr Gehirn arbeitete, und der Gedanke, daß dieses unvorhergesehene Ereigniß Ralph aus dem Hause entfernt hatte, fuhr ihr durch den Kopf. Sie war frei, frei, noch einmal die Flucht zu wagen, aber wie?

Die Eingangsthüre war offen geblieben, eine plötzliche Eingebung machte ihr das warme Blut vom Herzen zu dem Kopfe strömen! Der Fluß! Der Fluß war da, der Fluß, der hinter dem Hause rauschte und der so oft Barken und Kohlenkisten nach Diney trug. Sie aufgeregt, um an ihre Schwäche zu denken, eilte sie nach der Hinterseite

des Hauses und von da an das Ufer. Es war eine fürchterlich finstere Nacht, und mit hoffnungslosem, verzweifelnem Ausdruck irrete ihr Auge umher.

„Wie viele Barken können vorüber kommen“, murmelte sie, „ehe ich eine einzige davon sehen kann.“

So wartete sie, zitternd vor Kälte und Todesangst, 10 Minuten, 10 unbeschreiblich qualvolle Minuten, da erhellte sie plötzlich ein schwaches Licht, das den Fluß herunter glitt. Als es nahte, erkannte sie, daß es aus einer Laterne kam, die an dem Mast eines Kohlenkisten schiffes hing.

Sie rief den Männern, welche an Bord des Schiffes waren, und obgleich ihre Stimme schwach war, wie die eines Kindes, so gelang es ihr doch, die Aufmerksamkeit der Schiffer zu erregen.

„Was gibts da drüben?“ fragte der Steuermann. In diesem Momente loderte die Flamme hoch auf und warf einen rothen Schein weithin über den Fluß.

„Ah, das Haus brennt, glaube ich“, sagte der Mann zu dem Matrosen, „geh an's Ufer, Bill, und sieh, ob man helfen kann.“

Einer der Männer sprang aus der Barke in ein kleines Boot, und landete gerade an der Stelle, wo Jenny stand.

„Was gibts, steht das Haus in Flammen?“ fragte der Mann.

„Nein, nein, nehmt mich mit nach Diney“, rief Jenny in stehendem Tone, „ich werde Euch 10 Pfund Sterling geben, wenn Ihr mich dort hin führt.“

„Aber weshalb denn, junges Mädchen, hat Ihr Herr Sie mißhandelt?“ fragte der Schiffer, sie für eine Dienerin haltend.

„Ja“, antwortete sie lebhaft; „führt mich um Gottes Barmherzigkeit willen nach Diney.“

„So sei, Mädchen, reich mir die Hand und steige ein.“

(Schluß folgt.)



men zur Abhilfe des Nothstandes in Berathung treten. Die Rückkehr des Ministers nach Berlin steht Ende dieser Woche zu erwarten. — Wie verlautet, ist der neue Handels- und Zollvertrag mit Oesterreich gestern Nachmittag im Bundeskanzler-Amt unterzeichnet und heute bereits dem Bundesrath des Zollvereins vorgelegt worden. Die Ratifikation des Vertrags soll innerhalb 8 Wochen erfolgen. Beiderseits besteht die Absicht, denselben vom 1. Juni d. J. in Wirksamkeit treten zu lassen. Dem Vernehmen nach ist alle Aussicht vorhanden, daß mit diesem Termin zugleich der Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein stattfinden werde.

Nach einer vom Zentralbureau des Zollvereins aufgestellten Uebersicht über den Waarendurchgang durch die Vereinststaaten während des Jahres 1866 war dieser Transit im Ganzen nur gering. Er beschränkte sich hauptsächlich auf Bodenerzeugnisse, Rohprodukte und Halbfabrikate. Unter den bedeutenderen Transitposten befanden sich: 462,010 Zentner Kaffee; 125,583 Ztr. unbearbeitete Tabaksblätter; 1,123,316 Ztr. Salz; 171,270 Ztr. Reis; 149,990 Ztr. Westindischer Rohzucker; 98,056 Ztr. Thee; 68,897 Ztr. Petroleum; 596,443 Ztr. rohe und zur industriellen Verarbeitung vorbereitete Baumwolle.

**Berlin, 10. März.** Der „Zeidler. Korr.“ zufolge wird dem Norddeutschen Parlament u. A. eine neue Maß- und Gewichtsordnung und eine neue Gewerbeordnung vorgelegt werden. In letzterer scheinen namentlich die Bestimmungen, durch welche die bisher bestandenen Gesellen- und Meisterprüfungen der Handwerker aufgehoben werden, von ganz besonderer Tragweite zu sein. — Wie dasselbe Organ erzählt, wird in dieser Woche eine Reihe von Ministerial-Sitzungen stattfinden, um die für den Norddeutschen Reichstag bestimmten Vorlagen von Seiten der preussischen Staatsregierung vorzubereiten. — Die Behauptung der „Köln. Ztg.“, daß die Provinzial-Feuersozietäten aufgehoben werden sollen, erweist sich als Erfindung.

**Stettin, 9. März.** Gestern ist der Provinzial-Landtag des Herzogthums Pommern und des Fürstenthums Rügen eröffnet worden.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 8. März.** Der Finanzplan des Ministers Dr. Bressl beschäftigt die öffentliche Meinung, die Tagespresse und die Börsenwelt fast ausschließlich. Der Minister verlangt, wie man früher glaubte, zwei, wie jetzt verlautet drei Jahre Zeit, um seinen Finanzplan durchzuführen, welcher wesentlich in einer totalen Umgestaltung des Steuerwesens besteht. Innerhalb dieser drei Jahre will er ohne neue Anleihen und ohne direkte Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld auslangen; da aber der Vorschlag für 1868 mit einem Defizit von 50 Millionen abschließt und ein gleiches Defizit auch in den Budgets für 1869 und 1870 zu erwarten ist, so muß er schon für diese dreijährige Frist neue Steuern auslegen. Das Provisorium (das ist die Reihe von Maßregeln, durch welche er das Defizit der drei nächsten Jahre decken will) ist zunächst der Gegenstand seines jetzt dem Ministerrath vorliegenden Finanzplans. Hr. Dr. Bressl beantragt demnach, die bereits bestehende 7proz. Couponsteuer auf Staatspapiere um 10 Prozent zu erhöhen und auch auf die bisher von dieser Steuer befreiten Staatsschuldschreibungen auszuweihen. Schon besteuerte würden also künftig 17, noch nicht besteuerte künftig 10 Proz. Couponsteuer zu zahlen haben. Geringe Ausnahmen würden für einige Effekten, so für die Domänen-Pfandbriefe, Platz greifen. Die Erhöhung der Couponsteuer soll 12 Millionen jährlich abwerfen. Gleichzeitig soll eine Kapitalsteuer eingeführt werden. Sie trifft alles Vermögen, das nicht in Staatspapieren angelegt ist, und hat ein verschiedenes Ausmaß, je nachdem sie auf Hausbesitz, liegende Gründe oder bewegliches Kapital, also Privatforderungen, Hypotheken, Aktien und andere Industriepapiere fällt. Ueber die Ziffer, auf welche sie bemessen sein soll, gehen die Angaben so sehr aus einander, daß es besser sein dürfte, diesen Punkt vor der Hand zu übergehen; doch glaubt man, der Minister rechne darauf, daß die Kapitalsteuer mindestens 28 bis 30 Millionen Gulden jährlich abwerfen werde. Es wären also jährlich noch etwa 10 Millionen Gulden zu bedecken, die Hr. Dr. Bressl auf anderen Wegen, nämlich theils durch Verkäufe von Staatsdomänen, theils durch die Konvertirung der Staatsschuld in Rentenschuld, wonach die Kapitalamortisirung wegfiel, aufbringen will. Das scheint, nach der „N. Fr. Ztg.“, der beiläufige Inhalt des Provisoriums zu sein; Kapitalsteuer und Erhöhung der Couponsteuer wäre demnach nur für drei Jahre beantragt. Indessen fehlt es nicht an Stimmen, welche behaupten, daß sowohl jene Steuer als diese Erhöhung auch in die definitive Kombination einbezogen sei, also eine und die andere bleibend werden würde. Genauere Mittheilungen sind abzuwarten.

**Wien, 9. März.** Ich glaube aus einer vorzüglichen Quelle zu schöpfen, wenn ich Ihnen nicht bloß im Allgemeinen bestätige, daß die Reise des Prinzen Napoleon in unmittelbare Beziehung zu der orientalischen Frage zu bringen ist, sondern wenn ich hinzufüge, daß der Prinz speziell in Berlin die Aufgabe hat, für eine alsbald anzutretende und entscheidende gegen die Ziele der russischen Politik gerichtete Lösung dieser orientalischen Frage, wenn nicht die Zusage der Mitwirkung, so doch der Neutralität Preußens zu gewinnen. Der Prinz soll gleichzeitig in der Lage sein, dem Berliner Kabinet gegenüber das vollste Einverständnis zwischen Paris und Florenz zu konstatiren.

**Rom, 9. März.** (N. Fr. Pr.) Die Jesuiten werden vom Gymnasium in Ragusa in Folge einer Verfügung des Ministeriums mit Ende des laufenden Schuljahres entfernt.

#### Italien.

\* Aus Rom, 9. März, geht dem Pariser „Avenir nat.“ folgende telegraphische Mittheilung zu: Gemäß dem neuen Abkommen, das mit Italien getroffen worden ist, werden die letzten französischen Truppen nächstens den römischen Staat räumen. Die päpstlichen Kräfte werden mit verdoppelter Macht fortgesetzt.

#### Frankreich.

\* Paris, 10. März. Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 9. März.

Gestern ging endlich die Debatte über das Pressegesetz zu Ende. Art. 15, 16 und 17, die durch den Ausfall des Art. 14 zu Art. 14, 15 und 16 geworden sind, wurden angenommen, nachdem drei Amendements zurückgewiesen worden waren. Das ganze Gesetz ging hierauf in namentlicher Abstimmung mit 242 gegen 1 Stimme (die von Berryer) durch. 24 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung, darunter die sieben „Weltweisen“ und von der Opposition die H. Jules Favre, Marie und Picard. Hénon befindet sich in Urlaub; die übrigen Männer der Linken und des liberalen Zentrums, worunter auch die Journalisten Havin und Guéroult, stimmten für die Annahme.

Die Diskussion der letzten Artikel war noch mühevoll und weitausläufig, und es kann höchstens das Amendement Javal ein besonderes Interesse darbieten, als durch dasselbe die Stellung, welche der auswärtigen Presse in Frankreich geschaffen ist, natürlich ohne Erfolg, auf's neue zur Sprache gebracht wurde. Das fragliche Amendement lautet folgendermaßen: „Die im Ausland patentirten Drucker können in fremder Sprache gedruckte Zeitungen in Frankreich einführen und ungehindert in Umlauf setzen.“ Nach der von Javal gegebenen Uebersicht gelangen jetzt von in fremden Sprachen gedruckten Blättern nach Frankreich: aus Oesterreich 49, aus der Schweiz 67, aus den englischen Kolonien 68, aus Spanien 82, Norddeutschland 165, Italien 112, den Verein. Staaten 170 und England 265. Dazu kommen noch 288 Veröffentlichungen verschiedenartiger Natur; im Ganzen also 1206. Im Allgemeinen — bemerkt Javal — kommen alle Blätter, mit einigen seltenen Ausnahmen, nach Frankreich herein. Leider konnte ich mir die Namen derjenigen, denen der Eingang, wie ich glaube, unbedingt untersagt ist, nicht verschaffen, so nämlich dies auch zu wissen wäre, damit unsere Landsleute nicht Gefahr laufen, zum Gefängniß verurtheilt zu werden, wie dies vor wenigen Tagen von Seiten des Gerichtshofs von Ville Fr. Greppo widerfuhr. Derselbe ward neulich, weil er ganz harmlos und ohne es zu verbergen, eine einzige Nummer der „Globe Belge“, von deren Verbot in Frankreich er nichts wußte, mitgebracht hatte, zu einem Monat Gefängniß und einer Geldbuße verurtheilt. Es hätte ihn aber nach Art. 2 des Dekrets vom 17. Febr. 1852 eine Gefängnißstrafe bis zu 1 Jahr und eine Geldbuße bis zu 5000 Fr. treffen können.

So kommen also, mit wenigen dem Publikum unbekanntem Ausnahmen, alle Blätter über die Grenze und direkt in die Hände der Postverwaltung. Allein die Verteilung wird so lange verzögert, bis der Minister Tag um Tag die Zeitungen, welche ausgegeben werden dürfen, angegeben hat. Es findet also eine förmliche Beschlagnahme statt, und der Abonnent weiß nie, ob er sein Blatt erhalten wird oder nicht. Manche Blätter bleiben unter drei Mal oft viermal aus, und dies ist weder zuvorkommend, noch gütlich gegen Fremde gehandelt, die oft mit Bangigkeit aus ihrer Heimath Nachrichten erwarten. Ein solches Verfahren zeugt von noch größerer Willkür, als die vorher zu erwähnende Ermächtigung, die in dem famosen Dekret von 1852 steht. Ich erlaube mir, an den Hrn. Minister des Innern die Frage zu richten, ob er, ungeachtet all seines guten Willens, sich bei der großen Anzahl der Zeitungen von den Gefahren Rechenschaft zu geben vermag, welche durch ihre Zulassung in Frankreich entstehen können. Er muß sich auf seine Untergebenen verlassen können, denen es gewiß nicht an Ehrlichkeit und Einsicht fehlt, die sich aber irren können und sich auch sehr häufig irren. (Unruhe.)

... Nicht allein nimmt man die auswärtigen Blätter im Allgemeinen in Beschlag, sondern es werden selbst fremde amtliche Blätter zurückgehalten: so die „Wien. Ztg.“, der „Preuß. Staatsanzeiger“ und die „Darmstäd. Ztg.“, welche schon mehrere Male dies Schicksal betroffen hat. Während der Ausstellung wurden sehr zahlreiche Beschwerden laut, und heute selbst noch hatte ich Gelegenheit, aus Nizza Briefe von Fremden zu lesen, welche sich über das Ausbleiben ihrer Zeitungen beklagen, und nicht mehr, wie früher, Nizza als eine Stadt des Vergnügens und der Freiheit ansehen. Dies ist eine wahrhaft trostlose Lage, und wenn wir sehen, daß Oesterreich, welches unter solchem Regimente lebte, daß Rußland, welches die fremden Blätter verboten hatte, von solchen für die öffentliche Stimmung so verlegenden und die internationalen Beziehungen hindernden Maßregeln abgekommen ist, so berührt es traurig, daß Frankreich unter einem so sehr in der Zeit zurückgebliebenen und allgemein aufgegebenen Systeme stehen muß. (Aux voix!) Wenn der Eingang fremder Zeitungen für Frankreich eine Gefahr ist, so muß man nothwendig auch so weit gehen, wie man früher in Rußland gegangen war, und den Franzosen das Weisen in's Ausland verbieten.

Die Kammer, die schon mehrfach Zeichen ihrer Ungebild von sich gegeben hatte, wird immer lauter. Der Minister des Innern sowohl, wie der Berichterstatter scheinen der Aufforderung der Linken nachkommen und die von dieser erbetenen Aufklärungen geben zu wollen, setzen sich aber wieder auf die dringende Einladung der Majorität hin, nicht zu sprechen. Endlich nimmt Hr. Pinard doch das Wort, um, wie früher schon einmal der Berichterstatter, aus der für die französischen Blätter gültigen Gesetzgebung selbst die Unmöglichkeit und die Ungerechtigkeit abzuleiten, den auswärtigen Blättern den ungehinderten Zutritt zu gestatten. Ihnen gegenüber kann die Regierung nicht auf ihre diskretionäre Gewalt verzichten, weil dieselben wegen eines gegen die öffentliche Ordnung in Frankreich begangenen Vergehens nicht im Auslande, und als im Auslande erscheinend auch nicht in Frankreich verantwortlich gemacht werden können. Außerdem muß dieses Verbot auch aus Rücksicht auf die französischen Blätter von der Regierung fernerhin noch gehandhabt werden. Denn, wenn ein strafbarer Artikel durchgehen und alsdann von einer französischen Zeitung wiedergegeben würde, so würde natürlich die letztere dafür büßen müssen. „Ich habe nicht nöthig beizufügen — sagt übrigens Hr. Pinard — daß die Regierung dies ihr gesetzlich zuständige Recht stets mit der größten Loyalität ausübt. Wenn wir einem fremden Blatt den Zutritt nicht gestatten, so geschieht dies aus dem Grunde, weil wir in demselben die Spur eines in einer französischen Zeitung strafbaren Vergehens finden. Dies unser Recht bildet uns allerdings eine schwere Verantwortlichkeit auf, allein wir weisen dieselbe nicht von uns. Wir dehnen unser Recht nie ungebührlich aus, allein wir büßen es auch weder verkennen noch preisgeben.“ (Sehr gut!)

Javal bemerkt, daß, da die fremden Länder, mit Ausnahme von einem oder zweien, die französischen Zeitungen frei einlassen und hinreichende Garantien gegen sie in ihrer Gesetzgebung finden, man dies nachahmen und sich eben so gaffreundlich zeigen möge, wie die übrige zivilisirte Welt.

Picard verlangt ebenfalls das Wort; allein die Majorität setzt

allen seinen Anstrengungen den beharrlichsten Widerstand entgegen. Der Schluß wird votirt und das Amendement verworfen.

Nach dem Pressegesetz wird auch das Gesetz über das Jahreskontingent, das wegen eines Amendements von Fillaucourt, nochmals an die Kommission zurückgegangen war, mit 230 gegen 12 Stimmen angenommen. Nächsten Donnerstag beginnt die Diskussion über das Verjüngungsgesetz.

In Bezug auf das bei Beginn der Sitzung eingebrachte Ansehenprojek ist zu bemerken, daß, wie auch Garnier-Pagès hervorgehoben hat, kein besonderer Fond für die Amortisation dieses Anlehens in Aussicht genommen ist.

\* Paris, 10. März. Der „France“ gehen Privatnachrichten aus Kopenhagen zu, denen zufolge dort das allgemeine Gerücht verbreitet ist, daß die Unterhandlungen zwischen Dänemark und Preußen über die Frage Nord-Schleswigs auf dem Punkt stehen, abgebrochen zu werden. Die vom Berliner Kabinet gestellten Bedingungen wären nicht der Art, daß Dänemark sie annehmen könnte. — Die „Epoque“ will wissen, daß die Kabinette der Westmächte beabsichtigen, eine Note an den Fürsten Karl abgehen zu lassen, um Aufklärungen zu verlangen über die Mission des Fürsten Kantakuzens und des Archimandriten Welcheted nach St. Petersburg.

Das „Journ. de Paris“ spricht von einem gestern allgemein verbreiteten Gerücht, demzufolge Prinz Napoleon sehr bald zurückkehren würde, da seine Reise nach Berlin nicht die Resultate gehabt hätte, welche diejenigen erwarteten, welche behaupten, er sei in einer diplomatischen Mission dorthin gegangen.

Das „Pays“ trägt noch immer den Kopf hoch, so unbegreiflich auch der ganzen Welt diese Ausdauer in der Unversämtheit vorkommt. Es meint heute wiederum, daß es die betreffenden Blätter in eine Lage gebracht habe, der sie sich vergewissern zu entziehen suchen. Das Uebrige geht das „Pays“ nichts mehr an: das ist Sache des Hrn. v. Kervéguen und der Zeitungen. Mögen sie sich rechtfertigen oder nicht, ist, wie es sagt, ihm gleichgültig. Es hat, wie es sich das Ansehen geben möchte, gleichsam eine Bürgerpflicht erfüllt, indem es sich zur Veröffentlichung der bewußten Aktenstücke hergegeben hat. Einweilen rächt es sich für die wichtigsten Schläge, die Em. v. Girardin den Cassagnacs verjagt, durch Hervorziehen eines Prozeßes aus dem Jahr 1838, aus welchem es nachweisen will, daß damals Girardin einen Gesellschaftsakt „alterit“, d. h. gefälscht habe. — Rente 49.45, Cref. 26.25, ital. Anl. 45.75.

#### Spanien.

**Madrid, 9. März.** Deputirtenkammer. Der Antrag einer Subvention von 25 Mill. zum Bau des Samaritakanales wird mit 114 gegen 43 Stimmen angenommen. Die Senatserwilligung fehlt noch.

#### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 6. März.** Amtliche Berichte der Chefs der russischen Gouvernements geben Auskunft über den Stand der Bauernangelegenheit am 1. Jan. 1868:

Die Zahl der noch in einem Pächterverhältnis verbliebenen Bauern betrug 3,629,382; die der Bauern, deren Pächterverhältnis durch Erwerbung ihres Landtheils unter Mitwirkung der Regierung oder auch ohne dieselbe, durch Schenkung eines Theils des Landbesitzes, oder laut besonderer Verordnungen (wie namentlich in den westlichen Gouvernements) gelöst worden, 6,146,635 Seelen mit Einschluß der 1,168,150 Seelen in den westlichen Gouvernements, für welche die Loskaufsalte noch nicht befähigt waren.

Durch Loskauf ohne Mitwirkung der Regierung sind 548,529 Bauern auf Grund von 3294 Kontrakten freie Landbesitzer geworden. Unter Mitwirkung der Regierung haben 4,429,956 Bauern auf Grundlage von 46,407 Verträgen und Akten (letzte in den westlichen Gouvernements) ihr Land erworben, und zwar auf Verträge 10,367,867 Dessjatinen und auf Akte 4,654,470 Dessjatinen. Im ersten dieser beiden Fälle beträgt der Seelenantheil  $\frac{3}{4}$ , Dessjatinen, die Dessjatinen zu 81 R. 37 K., im letztern  $\frac{3}{4}$ , Dessjatinen, die Dessjatinen zu 19 R. 11 K. Die Gesamtsumme der hierfür bewilligten Loskaufsbeträge beläuft sich auf 414,275,707 R. Davon sind 385,650,233 R. bereits berichtigt, und zwar 181,062,295 R. durch die Schulden der früheren Pächter an die Kreditanstalten, 79,623,350 R. durch die Loskaufsbeträge, 44,813,750 R. in Sproz. Willeiten 2. Auslassung, 78,601,867 R. durch das zur Zahlung der  $\frac{5}{2}$  Proz. Rente bestimmte Kapital, und 1,405,353 in baarem Gelde.

Aus Moskau schreibt man, daß die armen Leute von der Theuerung des Holzes jetzt eben so sehr leiden wie von der Theuerung des Getreides; selbst Behörden und Gemeindefunktionäre bleiben in diesem Winter fast ganz ohne Holz. Die Preise steigen in unerhörter Weise. Fichtenholz, welches im vorjährigen Winter noch zu  $\frac{1}{2}$  R. pro Faden verkauft wurde, kostet jetzt 7 R. Die Ursache für diesen Mangel ist dieselbe wie für den Getreidemangel und liegt in der Unzulänglichkeit der Transportmittel.

**St. Petersburg, 9. März.** Die Veröffentlichung des Budgets pro 1868 wird demnach erwartet. Nach demselben belaufen sich die Einnahmen auf ca. 480 Millionen, die Ausgaben auf 475 Millionen Rubel; von letzteren werden 35 Millionen Rubel auf Eisenbahn-Bauten verwendet werden. Gegen das Vorjahr haben die Einnahmen um ca. 35 Millionen, die Ausgaben um ca. 30 Millionen zugenommen.

**St. Petersburg, 10. März.** Die deutsche „St. Petersburg. Ztg.“ meldet, daß die „Grand Société“ (die französische Gesellschaft der russischen Eisenbahnen) die von der russischen Regierung für den Ankauf der Nicolai-Bahn gestellten Bedingungen, vorbehaltlich der Genehmigung von Seiten der Generalversammlung der Aktionäre, angenommen hat. Der amerikanische Lieferungsvertrag des Betriebsmaterials bleibt aufrecht erhalten.

#### Großbritannien.

**London, 9. März.** Unterhaus. Stanley erwiderte auf die Interpellation Osborne's, die Regierung erkenne Burlingame als Repräsentanten des chinesischen Reiches an, sobald derselbe die erforderlichen Akkreditive bei-



bringe. — Es findet zweite Lesung der auf Schottland ausgedehnten Reformbill statt.

**London, 10. März.** Das Marinebudget beträgt in den Jahren 1868 und 1869 11,177,290 Pf. St., was eine Vermehrung gegen das Vorjahr von 201,037 Pf. St. ergibt.

**London, 10. März.** Es bestätigt sich, daß der Prinz von Wales sich nach Irland begibt, wo er zum Ritter des Ordens des heil. Patrik gemacht werden soll. Heute beginnt in Dublin der gegen Hrn. Macleay wegen überlegten Mordes anhängig gemachte Prozeß. Die Regierung hat beschloffen, Hrn. Angelo, den berühmten afrikanischen Reisenden, nach dem Lande Sernabi abzusenden, mit der Mission, sich bezüglich der Engländer zu erkundigen, von denen es heißt, daß sie dort gefangen säßen.

### Ueberlandpost.

**Uden, 26. Febr.** Nach Briefen aus Magdala vom 17. Januar befand sich Theodoros innerhalb einer Tagesreise von dieser Festung.

### Amerika.

**New-York, 25. Febr. (Frz. Ztg.)** Die Anklage gegen den Präsidenten drängt jede andere Angelegenheit in den Hintergrund. Hier sowohl wie in den andern großen Städten wird sie eifrig diskutiert. Daß der Präsident die Amtsbill verlegt hat, wird selbst von den Demokraten zugegeben, welche indeß behaupten, daß die Bill selbst eine Verletzung der Verfassung sei, die keine andere Verfügung enthalte, als daß der Präsident die Beamten unter Zustimmung des Senats ernenne; über ihre Entlassung bestimme die Verfassung nichts. Johnson selbst spricht in einem Schreiben an den Senat der Amtsbill ihre Geltung nicht ab, behauptet aber, daß Stanton noch von Lincoln ernannt sei, daher von ihm entlassen werden dürfte, und schließt mit folgender Erklärung:

Ich habe es für angemessen erachtet, dem Senat die Gründe darzulegen, welche mich bestimmen haben, so zu handeln, wie ich es für meine Pflicht hielt, obgleich ich von jedem einzelnen Kabinettsmitglied darin unterstützt werde, daß die „Tenure of Office Bill“ unkonstitutionell und ungültig ist. Ich habe mich dieser Ansicht ausdrücklich in der Betobachtung angegeschlossen, welche ich die Ehre hatte, dem Kongreß zu senden, als ich die Rekonstruktionsbill zurückkam. Ich habe es vermieden, irgend einen Beamten gegen die Bestimmungen des Gesetzes aus seinem Amt zu entfernen, und habe in dem Fall des Hrn. Stanton nur die Macht ausgeübt, die meiner Ansicht nach von seinen Bestimmungen nicht berührt wird. Ich habe mich bemüht, mit der größten Umsicht vorzugehen, und habe nur in einem extremen Ausnahmefall gehandelt.

Ich bin vorzüglich dem Weg gewandt, den ich mir vorgezeichnet habe, nämlich um meine Konstitutionalität zu zeigen, alle Gesetze zu befolgen, selbst wenn sie gegen mein Bedenken passirt sein sollten. In dem vorliegenden Fall habe ich an den obersten Schiedsrichter appellirt oder doch zu appelliren gesucht, den die Verfassung für die Entscheidung aller solcher Fragen einsetzt. Ich bin zu diesem Entschluß durch die auf mir ruhende feierliche Verantwortlichkeit gedrängt worden, die Verantwortlichkeit nämlich, die Rechte des meinen Händen anvertrauten hohen Amtes ungeschmälert zu bewahren, was auch die mir persönlich drohenden Konsequenzen sein mögen.

Ich konnte diesen persönlichen Gründen in einer mit so klaren Angelegenheit, die so gebietend vor mir stand, kein Gewicht gestatten. Wenn Das, was möglich war, gewiß gewesen wäre, wenn ich davon überzeugt gewesen wäre, daß ich durch die Verteidigung des mir anvertrauten Amtes und die Amtsentsetzung des Hrn. Stanton selbst meines Amtes entsetzt werden würde, so würde ich aus Gründen der höchsten öffentlichen Wichtigkeit trotzdem nicht geögert haben.

Ich protestire feierlich gegen die Resolution des Senats, welche mich in Folge dieser Handlungen einer Verletzung der Verfassung und der Gesetze der Vereinigten Staaten beschuldigt.

Die allgemeine Meinung ist, daß der Prozeß, da nur die Verletzung der Amtsbill zu konstatiren ist, einen raschen Verlauf nehmen werde. An eine Verurtheilung zweifeln nur Wenige, da der Senat unter 53 Mitgliedern nur 9 Demokraten zählt und daher der unwahrscheinliche Fall eintreten müßte, daß in einer Parteifrage 9 Republikaner mit den Gegnern stimmten. Man nennt bereits als neue Minister unter Wade: Stanton für den Krieg, und Spinner, dessen Redlichkeit von allen Parteien anerkannt wird, für die Finanzen.

Die Aufregung, welche die Washingtoner Nachrichten hier hervorriefen, konnte sich, in Folge des Feiertags und Sonntags, erst gestern recht zeigen. Wo sich zwei Bekannte trafen, waren jene Nachrichten das erste Thema der Unterhaltung. Ueberall bildeten sich Gruppen, welche die wichtigsten Ereignisse besprachen und beurtheilten. Im Allgemeinen wurden die Berichte indeß mit Ruhe und Gelassenheit aufgenommen. Ein Sonntagabendlatt, welches hauptsächlich unter der „Sporting Fraternity“ zirkulirt, hatte jedoch aufreizende Artikel gebracht und zur bewaffneten Unterstützung des Präsidenten aufgefordert. Eine Anzahl Gleichgesinnter traten noch am Samstag Abend in Amitystr. zusammen und beschloffen, ein Werbebureau in Nr. 208 Broadway zu etabliren. Dort ließen sich in der That gestern ein paar Duzend wahnsinniger Menschen einschreiben.

Ueber das Verfahren bei dem Prozeß sieht nach Präzedenzfällen aus den Jahren 1798 und 1804 Folgendes fest:

Nach Empfangnahme der Anklageartikel erläßt der Senat an den Angeklagten eine Citation, welche denselben durch den Sergeant an dem Arm des Senats zu behändigen und durch welche derselbe aufgefordert wird, an einem bestimmten Tage vor den Schranken des Senats zu erscheinen und sich auf die Anklage auszulassen. In der Zeit bis zu dem anberaumten Termin konstituirte sich der Senat als Gerichtshof und schiedt er sich als solcher ein.

Erscheint der Angeklagte am Gerichtstage, sei es in Person oder durch einen Anwalt vertreten, so ist er berechtigt, Abschrift der Anklageartikel, sowie die Gewährung einer Frist zu verlangen, um sich auf die Anklagepunkte schriftlich auszulassen zu können. Erscheint der Angeklagte nicht, so wird einseitig mit der Beweisaufnahme gegen den Angeklagten vorgegangen.

Nach Einreichung der Anklage-Beantwortungsschrift wird Abschrift derselben dem Hause zur Replik zugestellt und ist letztere innerhalb einer

von Staat festzusetzenden Frist in schriftlicher Form und mit dem wiederholten Erbiten, die Anklagepunkte beweisen und rechtfertigen zu wollen, im Bureau des Senats zur amtlichen Deposition zu überreichen.

Erst nachdem dieses Alles geschehen, wird Termin zur Verhandlung der Sache und zur Beweisaufnahme anberaumt und sind in der Zwischenzeit vom Senat die zur Regulirung des Verfahrens bestimmten Regulationen auszuarbeiten und beiden Parteien, dem Hause und dem Präsidenten, mitzutheilen.

Die Verhandlungen über Streitpunkte, welche sich während der Verhandlung zwischen den Parteien erheben, sind geheim, die Schlußabstimmung dagegen ist öffentlich. Diese letztere wird dadurch erwirkt, daß folgende Frage:

Herr —, was ist Ihre Meinung, ist der Angeklagte schuldig oder nicht schuldig, ein Verbrechen oder Vergehen begangen zu haben, wie ihm solches in dem — Artikel der Anklage zur Last gelegt wird? an jedes einzelne Mitglied des Senats gerichtet wird und von diesem, nachdem es sich von seinem Plaze erhoben, mit „schuldig“ oder „nicht-schuldig“ zu beantworten ist.

### Uden.

**Pforzheim, 10. März.** In meiner, in der heutigen Nummer der „Karler. Ztg.“ erschienenen Mittheilung über die am letzten Sonntag durch das stadtgehobete Unwetter verursachte Zerstörung ist die Bemerkung ausgelassen, daß die dort genannte Beschädigung auf der Eisenbahn-Station Mühlacker und zwar an den badiischen Gebäulichkeiten vorkam. Ich füge noch bei, daß der Sturm auch noch an andern Orten in der Nähe ziemlichen Schaden anrichtete. So wurde z. B. in Riefers der obere Theil des Kirchturms abgerissen.

**Zauberhofsheim, 9. März.** Die „Lauter“ schreibt: Gestern versammelten sich im Gasthaus zum „Deutschen Hof“ dahier die liberalen Vertrauensmänner der zum 14. Wahlbezirk gehörigen Kammer, um über gemeinsames Vorgehen für die am 18. März stattfindende Nachwahl zum Zollparlament zu berathen. Bei dieser Gelegenheit wurde ein von Hrn. Staatsrath Lamey eingelaufenes Schreiben verlesen, welches auf eine Anfrage, ob er uns gestatte, das zweite Mal ihn als Kandidaten aufzustellen, seine Vereinstwilligkeit hiefür zu erkennen gibt. Freudig begrüßten seine Wähler diese Erklärung, um das zweite Mal ihm die Beweise ihres unverrückten Vertrauens geben zu können.

**Dffenburg, 8. März. (R. Ztg.)** Heute Nachmittag wüthete hier ein so heftiger Sturm, daß in Folge desselben von dem Hauptthurm der neuen protestantischen Kirche zwei kleine Seitentürmchen herunterfielen. Der eine fiel auf das Dach der Kirche und zertrümmerte das Gewölbe, welches auf den dritten Theil seiner Länge vollständig bis auf die Seitenmauern zusammenbrach und in das Innere der Kirche fiel, wo umfangreiche Verheerungen angerichtet sind. Nur wegen einer zufälligen Veränderung des Gesichts blieb die Nachmittagskirche ausgefüllt, sonst wäre das Unglück unbeschreiblich gewesen, denn der Einsturz erfolgte zwischen 2 und 3 Uhr Nachmittags. Die Hälfte der Bänke sind zu Splintern zertrümmert und unter einem Steinhaufen vergraben.

### Vermischte Nachrichten.

**Stuttgart, 9. März. (Wirt. Kor.)** Der Plan einer Bodensee-Gürtelbahn hat wieder eine Lücke weiter bekommen. Die schweizerischen Konfessionäre, die auch über österreichisches Gebiet zu bauen gehabt hätten, erklärten, daß sie ihre früher gemachten Anerbietungen zurückziehen. Auf diese Erklärung hin entschlug sich auch die k. k. österreichische Regierung ihrer Verbindlichkeiten gegen die Konfessionäre. Oesterreichischer Seite wünscht man, daß die projektirte Kurbahn mit dem österreichischen Stück der Bodensee-Gürtelbahn in die Hände der gleichen Unternehmung komme.

**München, 9. März. (A. Ztg.)** Die zahlreichen Gerüchte über das Privatvermögen des Königs Ludwig sind als bloße Vermuthungen hinzunehmen, da das Testament erst in der nächsten Woche eröffnet werden wird. Näherstehende Personen schätzen das Privatvermögen auf etwa 27 Mill., wovon, dem Vermögen nach, ein Fideikommiß errichtet werden soll. Auch was über die Kleiderjammung und die geheimnißvollen Kisten berichtet wird, die erst in späteren Jahren eröffnet werden dürfen, muß bis jetzt als ein sehr zweifelhaftes Gerücht angesehen werden.

**Hannover, 8. März. (Nat.-Ztg.)** Zur Ausführung der Sequestration des Vermögens von König Georg ist die Hand- und Schatulle desselben, welche sich noch hier befand, sowie sein sämmtliches Eigenthum im Palais an der Leinesstraße und im Schloß zu Herrenhausen unter Siegel gelegt, dazu gefügt auch das einstuweilen in Herrenhausen untergebrachte Welfenmuseum. Eine etwa beabsichtigte Sequestration des Vermögens des Grafen Platen wird keinen Erfolg haben, da Graf Platen hier kein Vermögen hat. Die drei Güter im Hannover'schen gehören noch seinem Vater, dem alten Oberkammerherrn, ebenso die Güter im Holsteinischen, die der ältere Bruder verwalte. Die Zahl der in Berlin wegen Hochverraths verhafteten Hannoveraner dürfte in den nächsten Tagen noch steigen; gestern sind hier drei Eisenbahnschaffner von der Eisenbahn Salzberge-Almelo eingekerkert, die verdächtig sind, das Entweichen hannover'scher Militärpflichtiger nach Holland begünstigt zu haben.

Ein angeheimes amtlicher Bericht der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus Labiau theilt mit, daß die Zummultanten aus dem Dorf Gilge stammten. Die Kreiscommission hatte am 2. März beschloffen, die unmittelbare Verabreichung von Naturalien, weil dieselbe zu Mißbräuchen und unberechtigten Anforderungen führe, einzustellen, dagegen die Gelegenheit zur häuslichen Arbeit durch Verabreichung von Flach und Hanf zu vermehren, die Nothleidenden an die Suppenanstalten zu verweisen und letztere zu vermehren. In Gilge entstand wegen dieses Beschlusses Aufregung; man beschloß, eine Deputation an den Landrath abzuschicken, aber aus der Deputation wurde ein Schwarm von 2 bis 300 Leuten, die meist auf Schiffschuppen am 5. März Morgens in Labiau anlangten und mit Eisen beschlagen waren. Die Verhandlungen mit der Menge waren vergebens; man verlangte mit Ungestüm die sofortige Verabreichung von Roggen. Da der Landrath von der Schützengilde einen „unzweifelhaft sicheren“ Erfolg nicht erwartete, so ließ er, „um weiteren Erzeffen vorzubeugen“, vorläufig 50 Scheffel Roggen an die Menge vertheilen, welche nach einigem Sträuben damit abzog.“ (Nach der „R. n. Z.“ soll die Menge dann bei der Vertheilung des Getreides in Kampf geraßen sein.) In der Nacht langte dann das Militär an. Es heißt

dann weiter: „Eine Patrouille von 30 Mann hat sich sofort nach Gilge begeben, um die gravirtesten Erzebenten zu verhaften. Es ist keineswegs der Hunger und die Noth gewesen, welche die Expedition von Gilge nach Labiau veranlaßt haben, was auch im Hinblick auf die bedeutenden Vorräthe, welche nach Gilge gelangt waren, von vorn herein nicht anzunehmen war. Die Leute sahen vielmehr wohl genährt und kräftig aus, auch waren sie nicht ohne Geldmittel; Einer von ihnen, der laut schrie, daß er seit 2 Tagen nichts gegessen habe, kaufte sich für 6 Thlr. wolleme Waare, ein Anderer machte Einkäufe für 4 Thlr. Am 7. früh langte die Nachtracht in Labiau an, daß in dem Dorfe Juwendt — 1 1/2 Meilen entfernt — am 6. d. M. ein ähnlicher Tumult stattgefunden habe; hier hatte eine Menge Menschen aus dem Depot des Ortskommisars etwa 31 Scheffel Roggen, 11 Scheffel Erbsen und 7 Scheffel Gerste mit Gewalt weggenommen, ebenfalls in der Meinung, daß das Getreide von dem König zur direkten Vertheilung an sie gesandt worden sei und ihnen mit Unrecht vorenthalten werde. In Folge hiervon ist sofort ein Militärkommando von 30 Mann nach Juwendt abgegangen, um 16 namhaft gemachte Erzebenten zu verhaften.“

**Berlin, 9. März.** Ein Lehrer der deutschen Sprache in einer hiesigen Privat-Lehrerschule gab neulich seinen Schülerinnen das Thema zur Bearbeitung: „Gedanken beim Anblick eines Kavallerie-offiziers!“ Die jungen Damen waren aber vernünftiger wie der närrische Herr Doktor; sie verweigerten die Ausarbeitung, machten der Direktion von dem Vorfalle Kenntniß, und diese bewilligte dem Wunsch des Herrn Doktor auf Entlassung schleunigst nachzukommen. (Publ.)

**W. Mannheim, 9. März. (Kursbericht der Mannheimer Börse.)** Weizen, eff. hies. Gegend, 200 Zollpfd. 17 fl. — G., 17 fl. 15 P., ungarischer 17 fl. 30 G., 17 fl. 45 P., auf Lieferung pr. April — fl. — G., 17 fl. 45 P. — Roggen, eff. 14 fl. 30 G., 14 fl. 40 P., auf Lieferung pr. April — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, eff. hies. Gegend 11 fl. 30 G., 11 fl. 36 P., fränkische — fl. — G., — fl. — P., württembergische 11 fl. 45 G., 11 fl. 54 P., ungarische 11 fl. 45 G., 12 fl. — P. — Hafer, eff. 100 Zollpfd. 5 fl. 10 G., 5 fl. 15 P. — Kernen, eff. 200 Zollpfd. — fl. — G., 17 fl. 15 P. — Delsamen, deutscher Kohlraps — fl. — G., 18 fl. 15 P., ungarischer — fl. — G., 17 fl. 15 P. — Bohnen — fl. — G., 14 fl. 30 P. — Linsen — fl. — G., — fl. — P. — Erbsen — fl. — G., 12 fl. — P. — Wicken — fl. — G., 10 fl. — P. — Kleeamen, deutscher I. — fl. — G., 25 fl. 15 P. — Del: (mit Faß) 100 Zollpfd. Leinöl, eff. Inland, in Partien — fl. — G., 22 fl. 30 P., saßweise — fl. — G., 22 fl. 45 P. — Rüböl, eff. Inland, saßweise — fl. — G., 21 fl. 30 P., in Partien — fl. — G., 21 fl. 15 P. — Mehl 100 Zollpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 15 fl. 20 P., Nr. 1 — fl. — G., 14 fl. 15 P., Nr. 2 — fl. — G., 13 fl. 15 P., Nr. 3 — fl. — G., 10 fl. 45 P., Nr. 4 — fl. — G., 9 fl. — P., norddeutsches im Verhältnis billiger. — Roggenmehl, Nr. 0 — fl. — G., — fl. — P. — Branntwein, eff. (50% n. Z.) transit (150 Litres) — fl. — G., 25 fl. 30 P. — Spirit, 90%, transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität 11 fl. 45 P.

Weizen fest; Roggen unverändert; Gerste und Hafer besser bezahlt; Leinöl und Rüböl wie Petroleum stille; Mehl ziemlich unverändert.

**New-York, 9. März. (Per transatlantischen Telegraph.)** Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Weber“, Kapit. G. Wenke, welches am 22. Febr. von Bremen und am 25. Febr. von Southampton abgegangen war, ist heute wohlbehalten hier angekommen.

### Nachricht.

**Wien, 11. März.** Die „N. Fr. Pr.“ sagt, es sei eine Erhöhung der Promessensteuer beabsichtigt. Sie bezweifelt ferner die Wahrheit des Gerüchtes, daß die sogenannten steuerfreien Papiere steuerfrei bleiben würden.

**Florenz, 10. März.** Die Abgeordnetenkammer hat heute in Betreff des Zwangsturzes eine von Corpi vorgeschlagene Tagesordnung, mit welcher sich das Ministerium einverstanden erklärt hatte, angenommen. Durch diese Tagesordnung wird das Ministerium aufgefordert, mit anderen Finanzentwürfen auch eine Vorlage für Abschaffung des Zwangsturzes einzubringen, und erhält ferner ein Ausschuß von 15 Abgeordneten den Auftrag, den Stand des Umlaufs des Papiergeldes zu prüfen und den Bericht bis zum 15. April vorzulegen.

**Paris, 11. März.** Die Gesekentwürfe, betreffend die Ergänzungskredite für 1868 und das Budget von 1869, die am Montag im Gesekgeb. Kd rper eingebracht wurden, sind gestern vertheilt worden. Die Hauptpunkte sind bereits in dem Bericht Magné's vom 27. Jan. enthalten. Im ordentlichen Budget für 1869 sind die Ausgaben für das Kriegsdepartement auf 381 Mill. festgesetzt, also 33 Mill. mehr als für 1868. Im außerordentlichen Budget betragen die Gesamtausgaben 184 Mill., davon kommen 37 auf den Krieg, 21 auf die Marine. — Das Pressegesetz und das Kontingentgesetz wurden gestern dem Senat vorgelegt.

**Frankfurt, 11. März, 2 Uhr 41 Min. Nachm.** Deferr. Kreditaktien 192 1/2, Staatsbahn-Aktien 229 1/2, National 55 1/2, Steuerfreie 51 1/2, 1860er Loose 72 1/2, Deferr. Baluta 102 1/2, 4pro. bad. Loose 98 1/2, Amerikaner 75 1/2, Gold 139 1/2.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

10. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 4,97"	+ 1,0	S.W.	ganz bew.	trüb, dunstig, Reif
Mittags 2 "	" 5,20"	+ 5,0	"	"	" kühl
Nachts 9 "	" 6,30"	+ 4,0	"	"	" Regentr.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 12. März. 2. Quartal. 37. Abonnementsvorstellung. **Der geheime Agent**, Lustspiel in 4 Akten, von Hacländer.

Freitag 13. März. 2. Quartal. 38. Abonnementsvorstellung. **Der fliegende Holländer**, romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.



